

Balance statt Exklusion 03.02.2009



MÜNCHEN/WASHINGTON/TEHERAN (Eigener Bericht) - Vor der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz dringt Berlin auf Kurskorrekturen in der westlichen Mittelostpolitik. Das Verhältnis zu Teheran solle umgehend neu gestaltet werden, fordert der Leiter der Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger; insbesondere die USA müssten "normale

Beziehungen zum Iran" aufbauen. In München werden an diesem Wochenende hochrangige iranische Politiker zu genaueren Absprachen erwartet. Hintergrund ist unter anderem die Absicht Berlins, Zugriff auf die umfangreichen iranischen Erdgasvorräte zu erlangen. Die Planungen für eine entsprechende Pipeline ("Nabucco") wurden in der vergangenen Woche forciert. Zur Zeit steht dem deutschen Vorhaben die US-Sanktionspolitik gegenüber Iran entgegen. Berliner Thinktanks konzipieren Strategien, die den Zugriff auf die iranischen Ressourcen ermöglichen und zugleich Teheran am Aufstieg hindern sollen - nicht durch offene Kriegsdrohungen, sondern durch ein westlich kontrolliertes Schwächegleichgewicht in Mittelost.

Belastung

Mit der Forderung nach Kurskorrekturen in der westlichen Mittelostpolitik tritt seit Wochen der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, an die Öffentlichkeit. Ischinger diente mehr als 30 Jahre lang dem Auswärtigen Amt, unter anderem als Chef des Planungsstabs, als Leiter der Politischen Abteilung und als Staatssekretär. Zuletzt war er von 2001 bis 2008 als Botschafter Deutschlands in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien tätig. Er "erwarte", dass die neue US-Regierung das "seit 30 Jahren bestehende Tabu der Beziehungen mit Teheran überwindet", erklärte Ischinger Mitte Januar [1]; er hoffe auf "normale Beziehungen" zwischen den USA und Iran. "Die ungelöste Iran-Frage belastet uns alle" [2], bekräftigte er wenige Tage später in einem Rundfunkinterview. Ischinger hat dafür gesorgt, dass an diesem Wochenende mehrere hochrangige Politiker aus Teheran nach München kommen und dort zu Gesprächen mit US-Offiziellen bereitstehen, darunter Außenminister Mottaki und Parlamentspräsident Laridschani.

Iran als Verbündeter

Die Sicherheitskonferenz, an der mehr als ein Dutzend Staats- und Regierungschefs sowie rund 50 Minister teilnehmen - mehr als 50 Staaten sind vertreten -, wird in Berlin mit Spannung erwartet. Ursache ist vor allem der Auftritt des neuen US-Vizepräsidenten Joseph R. Biden, von dem eine erste offizielle Darlegung der künftigen US-Außen- und Militärpolitik erwartet wird. Neben Biden haben sich der Sicherheitsberater von Präsident Obama, James Jones, der Chef des US Central Command (Mittelostkommando der US Army), David Petraeus, und der neue Afghanistan-Beauftragte, Richard Holbrooke, angekündigt. Auch in den USA gilt die Mittelostpolitik als eines der Topthemen bei den Münchner Gesprächen. Hochrangige Politikberater aus dem Washingtoner Establishment stellen in der Tat einen Kurswechsel gegenüber Iran in Aussicht. "Ob man will oder nicht, am Iran geht für die USA kein Weg vorbei", sagt ein hochrangiger Experte des Cato-Instituts, eines renommierten US-Thinktanks: "Der Iran ist ein idealer Alliierte der USA im Kampf gegen El Kaida und die Taliban in Afghanistan." [3]

Politischer Wandel

Ein Ende der Sanktionspolitik gegenüber Iran ist für Berlin unter anderem deswegen von Bedeutung, weil das Land über die zweitgrößten Erdgasvorräte weltweit verfügt. Deutsche Energiekonzerne kooperieren eng mit der Nummer eins - Russland -, streben aber zusätzlich nach dem Zugriff auf die iranischen Reserven. In der vergangenen Woche ist auf einer internationalen Konferenz in Budapest beschlossen worden, den Bau der Nabucco-Pipeline zu forcieren. Offiziellen Angaben zufolge soll sie Erdgas aus dem Kaspischen Becken nach Europa transportieren (über die Türkei, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Österreich). Tatsächlich gehen Experten wegen diverser Unwägbarkeiten in den Lieferstaaten Zentralasiens davon aus, dass die Röhre nur gewinnbringend betrieben werden kann, wenn auch mittelöstliche, insbesondere iranische Quellen angezapft werden. "Langfristig" könne es sich die EU "nicht leisten", Kooperationen "mit dem Iran auszuschließen", erklärt der Chefeinkäufer des deutschen Energiekonzerns RWE; RWE ist am Nabucco-Konsortium beteiligt. [4] "Voraussetzung" für Kooperationen sei jedoch, "dass die politischen Beziehungen sich wandeln."

Gemeinsame Plattform

Berlin nutzt nun den Regierungswechsel in den USA, um einen Wandel der Beziehungen zu forcieren. Vor der Münchner Sicherheitskonferenz haben verschiedene Thinktanks Konzepte vorgelegt, die die Beendigung der Kriegsdrohungen gegenüber Iran vorsehen und damit Spielraum auch für Erdgaskooperationen schaffen. Die Bertelsmann-Stiftung etwa hat vergangene Woche ein Strategiepapier veröffentlicht, das eine "gemeinsame Dialogplattform" sämtlicher nah- und mittelöstlichen Staaten fordert - von Ägypten bis Iran. Sowohl die USA als auch die EU sollen teilnehmen. Alle Länder der Region "werden gleichberechtigt eingeladen", heißt es in dem Papier, das die ebenbürtige Behandlung aller Beteiligten suggeriert. [5] Tatsächlich würde die "Dialogplattform" jedoch von USA und EU dominiert.

Vorgeblich gleichberechtigt

Kooperative Gespräche seien nötig, heißt es auch bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Die Drohpolitik der USA gegenüber Iran ist demnach gescheitert: "Der Westen hat nicht die Kapazitäten, um seine Ordnungsvorstellungen durch bloße Exklusion jener, die ihm widersprechen, durchzusetzen". [6] Die westlichen Interessen ließen sich "nicht mehr durch pro-amerikanische Speerspitzen oder Brückenköpfe in der Region wahren". Statt dessen müsse man auf Dauer auch die Interessen des Iran berücksichtigen. Dies zwingt zum "Balancieren zwischen den bestehenden Kräften". Diskutiert wird unter anderem der Vorschlag, Riad gegen Teheran in Stellung zu bringen. "Im Interesse der regionalen Balance" müsse man "die Politik der Eindämmung durch Engagement unterstützen, wie sie von den arabischen Golfanrainern und insbesondere von Saudi-Arabien gegenüber Iran betrieben wird", heißt es bei der SWP. Eine solche Politik, die darauf abzielt, die einzelnen Machtaspiranten in Nah- und Mittelost sich gegenseitig neutralisieren zu lassen, sichert unter dem Deckmantel vorgeblicher Gleichberechtigung tatsächlich ein Schwächegleichgewicht in den Ressourcengebieten am Persischen Golf - und dies, ganz wie bisher, unter westlicher Hegemonie.

[1] SWR2 Interview der Woche vom 17.01.2009

[2] "Amerika hat einen Schritt für sich selbst getan"; Deutschlandfunk 21.01.2009

[3] "Europa droht der Sturz in die Bedeutungslosigkeit"; Focus Online 02.02.2009

[4] Stefan Judisch - Nabucco wird kommen; Financial Times Deutschland 27.01.2009. S. auch [Nabucco](#) und [Fundamental umorientiert](#)

[5] Christian-Peter Hanelt: Waffenstillstand in Gaza: Aber was kommt danach? spotlight europe 2009/02, Januar 2009

[6] Johannes Reissner: Irans Selbstverständnis als Regionalmacht. Machtstreben im Namen anticolonialer Modernität; SWP-Studie S 29, Oktober 2008. S. auch [Eindämmungskurs](#)

info@german-foreign-policy.com